



Luzern, 22. Januar 2010

**Postulat  
über die konsequente Durchführung von Vernehmlassungen bei Gesetzesänderungen  
und Abbaupaketen**

Das Entlastungspaket 2011 hat weit reichende Folgen bis hin zu Gesetzesänderungen. Eigentlich ist es üblich, bei solchen Vorlagen bei den Betroffenen und den politischen Parteien zuerst eine Vernehmlassung durchzuführen. Die SP fordert den Regierungsrat auf, dies in Zukunft konsequent zu tun.

Vernehmlassungen geben den Betroffenen Gehör. Auch wenn nicht in allen Teilen auf die Anregungen der Vernehmlasser eingegangen wird, fühlen sich diese doch ernst genommen und durch die rechtzeitige Information nicht überfahren. Der Regierungsrat kann zudem auf Grund der Antworten die Vorlage anpassen und mehrheitsfähig gestalten.

Das Sparpaket 05 hat zu grossen Protesten der Bevölkerung geführt. Im Nachhinein wurden einige Massnahmen glücklicherweise wieder korrigiert. Die Reform 06 ist kläglich gescheitert. Auch das Entlastungspaket 2011 stiess auf Unverständnis und grosse Proteste. Das Vertrauen in die Politik wurde mit jeder Vorlage weiter geschwächt.

Alle drei Vorlagen wurden nicht in die Vernehmlassung geschickt. Wäre dies getan worden, hätte der politische Schaden in Grenzen gehalten werden können.

Felicitas Zopfi-Gassner